

Übersichten

Oktober 2003

Außenpolitik

1 Aktuelle Ereignisse überschatteten den 25. Jahrestag des chinesisch-japanischen Friedensvertrags

Ministerpräsident Wen Jiabao traf am 7. Oktober am Rande des ASEAN-Gipfels auf der indonesischen Insel Bali mit seinem japanischen Amtskollegen Koizumi zum Meinungsaustausch zusammen. Dieser wurde durch einige aktuelle Missstimmigkeiten im chinesisch-japanischen Verhältnis belastet. So wurden zwar formale Einladungen zu gegenseitigen Staatsbesuchen wiederholt, genauere Terminierungen aber mit dem Hinweis auf eine vorab zu verbessernde Atmosphäre vermieden. Wen Jiabao verwies auf das Prinzip, „mit aus der Vergangenheit gezogenen Lehren in die Zukunft zu schauen“. Koizumis Besuch des Yasukuni-Schreins zur Ehrung japanischer Kriegsgesopfer vom Anfang des Jahres steht dem aus chinesischer Sicht weiterhin entgegen.

Auch das bilaterale Treffen zwischen Koizumi und Staatspräsident Hu Jintao anlässlich des APEC-Gipfels in

Bangkok am 20. Oktober brachte kein Ergebnis hinsichtlich eines Besuchstermins. Im Positiven bekräftigte man lediglich seinen Konsens über die Wichtigkeit der fortzuführenden Sechs-Länder-Gespräche zur Beilegung der nordkoreanischen Nuklearkrise.

Wie brüchig das durch die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs erschütterte Verhältnis zwischen Japan und China nach wie vor beschaffen ist, zeigen erneut Reaktionen auf aktuelle Ereignisse, die auch durch die Rückbesinnung auf den 25. Jahrestag der Unterzeichnung des Friedens- und Freundschaftsvertrags nicht gemildert werden konnten.

So entschied ein Richter des Distriktsgerichts Tokyo am 29. September zugunsten von 13 chinesischen Klägern, die vorgebracht hatten, durch austretende Gifte aus zurückgelassenen japanischen Chemiewaffen verletzt worden zu sein. Diese Klage war bereits 1996 eingereicht worden und umfasste Fälle aus den Jahren 1974 bis 1995. Das Gericht sprach den Betroffenen, von denen sieben noch am Leben sind und drei Verstorbene von sechs Verwandten vertreten werden, insgesamt 190 Mio. Yen (= 1,7 Mio. US\$) zu. In der Entscheidung wehrte der Vorsitzende Richter die Einrede der Regierungsvertreter, die Verjährungsfrist von 20 Jahren sei bereits überschritten worden, mit der Begründung ab, dass es in der Verantwortung der japanischen Regierung gelegen hätte, sich über den Verbleib der zurückgelassenen chemischen Waffen und die eventuell von ihnen ausgehenden Gefahren zu informieren. Dieser Verpflichtung, die Betroffenen vor Spätschäden zu bewahren, sei Japan selbst nach der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit China nicht nachgekommen und habe sich somit des Machtmissbrauchs schuldig gemacht. Das Argument der Verjährung werde deshalb nicht anerkannt und die japanische Regierung zur Zahlung der festgelegten Summe an die Geschädigten verurteilt.

Diese Entscheidung, die in den japanischen Medien als „epochal“ bezeichnet wurde, veranlasste die japanische Regierung, am 3. Oktober bei der nächst höheren Instanz Berufung einzulegen. Tokyo berief sich dabei auf

das 1972 mit China vereinbarte Gemeinsame Kommuniqué und verweigerte jegliche Wiedergutmachungsleistungen, auch gegenüber den 40 Personen, die erst im August dieses Jahres in der Stadt Qiqihar (Provinz Heilongjiang) durch Senfgas, das aus maroden Fässern ins Erdreich gesickert war, zum Teil schwer verletzt worden waren.

Noch am Morgen des 3. Oktober allerdings bestellte Außenminister Li Zhaoxing den japanischen Botschafter in Beijing, Koreshige Anami, ein und erklärte ihm unmissverständlich, dass die japanische Regierung sich so schnell wie möglich um die Aufarbeitung der Folgen der Ereignisse vom 4. August in Qiqihar zu bemühen habe. Die bisherige Verzögerung stehe in krassem Gegensatz zu den öffentlichen Bekundungen der japanischen Führung unmittelbar nach dem Unfall.

Nach einer weiteren Verhandlungsrunde zu diesem Thema einigten sich beide Seiten am 19. Oktober auf die Zahlung von 300 Mio. Yen zur Beseitigung zurückgelassener Chemiewaffen an den chinesischen Staat, der seinerseits versprach, „angemessene“ Entschädigungsgelder an die Betroffenen weiterzuleiten. Das erste Angebot Japans, eine Summe von 100 Mio. Yen zum Aufbau eines „Kooperationsfonds“ für Opfer von Giftwaffen zu zahlen, war von chinesischer Seite abgelehnt worden, nicht zuletzt deshalb, weil diese Summe von einem bereits bestehenden Fonds zur Beseitigung von chemischen Waffen in der Provinz Jilin abgezogen werden sollte. Die Fortsetzung der Arbeit von Expertengruppen beider Länder zur Aufindung und Beseitigung der Altlasten bleibt von dieser Abmachung unberührt.

Der anwachsenden negativen Stimmung gegenüber Japan in den Medien und unter der chinesischen Bevölkerung waren auch zwei Ereignisse äußerst zuträglich, die aus chinesischer Sicht die Einschaltung der japanischen Botschaft erforderlich machten und weitere Untersuchungen nach sich ziehen werden.

So soll eine Gruppe von 380 japanischen Geschäftsleuten am 17. September im Zhuhai International Conference Centre Hotel ein Treffen mit 500

chinesischen Prostituierten arrangiert haben, das in orgiastische Zustände ausgeartet sei. Hierin wird nicht nur ein vorsätzlicher Verstoß gegen chinesische Gesetze gesehen, da Prostitution offiziell einen Straftatbestand darstellt, sondern die anti-japanische Stimmung wurde auch noch durch die Feststellung der chinesischen Medien angeheizt, dass diese Orgie ausgerechnet am 72. Jahrestag der japanischen Invasion in der Mandschurei stattgefunden habe. Assoziationen mit den als „comfort women“ in der japanischen Besatzungszeit zur Prostitution gezwungen chinesischen Frauen dürften nicht zufällig aufgekommen sein.

Als äußerst obszön wurde auch das Verhalten einiger japanischer Studenten und eines japanischen Sprachlehrers an der Nordwest-Universität von Xi'an eingestuft, das die Relegation der Betroffenen zur Folge hatte. Die vier hatten sich auf einem Kulturfestival des Sprachenzentrums der Universität am 29. Oktober für die Aufführung eines Sketches Reizwäsche angezogen, diese mit papierenen Genitalienattrappen behängt und in dieser Kostümierung einen Tanz aufgeführt. Die chinesischen Zuschauer fühlten sich durch diese Darbietung beleidigt und verlangten den Abbruch der Veranstaltung. Größere Studentenproteste in Form einer Demonstration noch am selben Abend sowie die Verteilung von Flugblättern, auf denen das Verhalten der japanischen Studenten und ihres Lehrers verurteilt wurde, sollen die Folge gewesen sein.

Wie weit entfernt man auch auf japanischer Seite von der Überwindung des Misstrauens gegenüber China ist, zeigen Reaktionen auf den gerade erfolgreich durchgeführten ersten bemannten Weltraumflug Chinas. Zwar wurden vom japanischen Regierungssprecher sofort Glückwünsche an die chinesische Führung übermittelt, gleichzeitig betonte er aber auch, dass ein solcher Erfolg etwas Schönes sei, solange man ihn in den Dienst des Friedens stelle.

Eine ausgeglichene Partnerschaft zwischen China und Japan, die die beiden Länder nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch voneinander profitieren ließe, lässt sich auch mehr als 30 Jahre nach der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen

noch nicht ausmachen. (Xinhua, 29.9., 3.10., 11.10., 12.10., 19.10.03, nach BBC PF, 29.9., 3.10., 11.10., 12.10., 19.10.03; Kyodo News Service, 30.9., 3.10., 7.10., 16.10., 19.10., 20.10., 23.10., 2.11.03, nach BBC PF, 30.9., 3.10., 7.10., 16.10., 19.10., 20.10., 23.10., 2.11.03; Xinhua, 30.9.03, nach FBIS, 30.9.03; XNA, 3.10., 19.10., 21.10., 1.11.03; ZXS, 10.10.03, nach BBC PF, 10.10.03; NZZ, 15.10.03; SCMP, 20.10.03; *Japan Times*, 1.11., 2.11.03) -fr-

2 6. Gipfeltreffen zwischen China und der EU

Am 30. Oktober fand in Beijing das mittlerweile 6. Gipfeltreffen seit 1998 zwischen China und der EU statt, wobei erstmals die neue Führung der Volksrepublik mit EU-Spitzenvertretern zusammentraf. Teilnehmer auf chinesischer Seite waren neben dem Staatsratsvorsitzenden Wen Jiabao und Staatspräsident Hu Jintao Außenminister Li Zhaoxing, der Vorsitzende der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission Ma Kai, Wissenschafts- und Technologieminister Xu Guanhua sowie der Vize-Handelsminister Liao Xiaoqi. Die EU wurde vertreten durch den derzeitigen Ratspräsidenten Berlusconi, Kommissionspräsidenten Prodi, den EU-Beauftragten für Außen- und Sicherheitsfragen Solana, den italienischen Außenminister Frattini sowie EU-Handelskommissar Lamy.

Im Gespräch mit Hu Jintao sind die internationalen Konfliktherde Nordkorea und Irak sowie die Situation in Myanmar einerseits und die EU-Erweiterung sowie die Reformen in China andererseits erörtert worden. Hinsichtlich ihrer Herangehensweise an internationale Konflikte liegen die Standpunkte Chinas und der EU nahe beieinander. Beide Seiten möchten sich gegenseitig als zunehmend einflussreicheren Partner auf der weltpolitischen Bühne sehen, nicht zuletzt als Gegengewicht zur Rolle der USA.

Beim Treffen mit Wen Jiabao standen die Themen Tourismus, illegale Migration, Menschenrechte sowie Handel auf der Agenda. Zur Öffnung des europäischen Reisemarktes wurde ein „Memorandum of Understanding on Approved Destination Status“ verhandelt, das der EU den Status eines

„autorisierten Ziellandes“ verleiht, so dass die Visaverfahren für chinesische Pauschaltouristen erleichtert werden. Gleichzeitig sollen von Beijing autorisierte Reiseunternehmen die Verantwortung für die Rückkehr ihrer Kunden übernehmen, was auf den Wunsch der EU in den Vertrag mit aufgenommen werden soll. Folgen soll ferner der Abschluss eines von der EU angestrebten generellen Abkommens über die Rücknahme aller illegal in die EU gezeigten Chinesen.

Ein wichtiges Thema für die chinesische Seite war ferner die Aufhebung des Waffenembargos, das von der EU noch unter dem Eindruck der Niederschlagung der Studentenproteste von 1989 verhängt worden war. Prodi kündigte Bewegung in dieser Sache an, verwies aber gleichzeitig darauf, dass eine diesbezügliche Entscheidung in die Kompetenz der einzelnen Mitgliedsstaaten falle, in denen es noch Vorbehalte gegen eine Aufhebung des Embargos gebe. Dokumentiert worden sind diese Vorbehalte in dem am 10. September von der EU-Kommission herausgegebenen politischen Grundsatzzpapier „Die Beziehungen EU-China: Gemeinsame Interessen und Aufgaben in einer heranreifenden Partnerschaft“, in dem neben immer noch weit reichenden Verletzungen politischer und Bürgerrechte insbesondere die häufige und extensive Anwendung der Todesstrafe kritisiert wird.

Einig war man sich über den weiteren Ausbau der Handelsbeziehungen und begrüßte auf EU-Seite die von China angekündigte Beteiligung am europäischen Navigationssystem Galileo mit 200 Mio. Euro.

Bereits im Vorfeld des Gipfeltreffens veröffentlichte die chinesische Regierung am 13. Oktober ein Strategiepapier zu ihrer EU-Politik (s. das Dokument im hinteren Teil dieses Heftes). Dies ist das Erste seiner Art und fächert das zukünftige Arbeitsprogramm in den Beziehungen Chinas zur EU in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Erziehung, Technologie und Kultur sowie Verwaltung, Justiz, Soziales und Militär auf. Eindringlich ist dabei die Forderung an die EU, sich strikt an das Ein-China-Prinzip zu halten. (XNA, 13.10., 28.10., 30.10.03; IHT, 14.10.03; HB, 28.10.03; SCMP, 30.10.03; ST, 30.10.03; NZZ, 30.10., 31.10.03; FAZ, 31.10.03; NfA, 31.10.03) -fr-

3 Südkorea schließt Botschaft in Beijing

Nach Absprache mit dem Außenministerium in Seoul stellt die südkoreanische Botschaft in Beijing vorübergehend ab dem 9. Oktober ihren Geschäftsbetrieb ein, gab eine Botschaftssprecherin am 6. Oktober bekannt. Es sei den südkoreanischen Diplomaten aufgrund der großen Anzahl nordkoreanischer Flüchtlinge, die in der Vertretung beherbergt werden, nicht mehr möglich, ihren konsularischen Tätigkeiten nachzugehen. Antragssteller für Südkorea-Visa werden an das Konsulat in Shanghai verwiesen.

Derzeit sollen sich 113 Personen dauerhaft im Botschaftsgebäude befinden, dessen Kapazität aber lediglich für die Aufnahme von 60 Flüchtlingen ausgelegt ist. Insgesamt haben in diesem Jahr bereits ca. 500 Nordkoreaner die südkoreanische Vertretung in Beijing als ersten Anlaufpunkt für eine Ausreise nach Südkorea benutzt.

Die südkoreanischen Diplomaten wollen Beijing dazu bewegen, die Befragungen nordkoreanischer Flüchtlinge, die einer möglichen Weiterreise nach Südkorea vorausgehen, zu beschleunigen. Üblicherweise verbringen diese Asylsuchenden mehrere Monate in diplomatischen Vertretungen, bevor über ihre Ausreisearträge von chinesischer Seite entschieden wird. Vize-Außenminister Wang Yi sagte seinem südkoreanischen Amtskollegen Lee Soo-hyuck am Rande des ASEAN-Gipfeltreffens auf Bali am 7. Oktober schnelle Unterstützung zu; aufgrund von zu wenig Koreanisch sprechendem Personal kann aber eine zügigere Bearbeitung von Asylanträgen nicht garantiert werden. (IHT, 6.10.03; Radio Australia, 7.10.03, nach BBC PF, 7.10.03; Yonhap news agency, 7.10.03, nach BBC PF, 7.10.03) -fr-

Innenpolitik

4 Parteichef Hu Jintao ruft zu mehr Demokratie, Premier Wen Jiabao zu mehr marktwirtschaftlichen Reformen auf

Im Vorwege der dritten Plenarsitzung des XVI. ZK der KPCh (siehe dazu die nachfolgende Übersicht) rief Hu Jintao, Staatspräsident und Generalsekretär der KPCh, am 30. September in seiner Rede auf einer Sitzung des ZK-Politbüros in Beijing zu mehr Förderung der politischen Strukturreformen, zur Erweiterung der sozialistischen Demokratie und zur Verbesserung der sozialistischen Gesetzgebung auf. Die Bevölkerung solle verstärkt im Politikgeschehen mitwirken können und eine Garantie dafür erhalten, dass demokratische Wahlen im Sinne der Gesetzgebung abgehalten werden. Partei und Regierung haben mit ihrer Politik im Interesse des Volkes zu handeln und für die wirtschaftliche sowie soziale Entwicklung zu sorgen.

Am selben Tag plädierte Ministerpräsident Wen Jiabao bei einem Empfang in- und ausländischer Gäste anlässlich des 54. Gründungstages der VR China ebenfalls in Beijing für mehr wirtschaftliches Wachstum und marktwirtschaftliche Reformen und hob die erfolgreiche Bekämpfung der SARS-Epidemie sowie das Erreichen der für 2003 gesteckten Ziele hervor. Auch er benutzte den Begriff Demokratie im sehr allgemeinen Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsprozesses, der China bevorstehe.

Bereits drei Tage vorher, nämlich am 27. September, betonte Hu in Beijing vor einer Wirtschaftsdelegation aus Hongkong, dass die SVR Hongkong eine unersetzbare Position einnehme und Vorbildfunktion für den Modernisierungskurs in ganz China habe. Stabilität und demokratische Wahlen im Sinne des Hongkonger Grundgesetzes seien Voraussetzung für ein „Hongkong ohne Chaos“.

Hinter diesen vagen Andeutungen für mehr Demokratie ist keinesfalls eine Volksherrschaft im westlichen Sinne

oder gar die Zulassung einer politischen Opposition zu verstehen. Experten bringen Hu Jintaos Äußerungen mit mehr Hoffnung auf Pluralismus im Ein-Parteien-Staat und mit mehr demokratischen Ansätzen innerhalb der Partei in Verbindung, die seine Position in der KPCh stärken und legitimieren sollen. Auch solle die KPCh zukünftig glaubwürdiger und transparenter erscheinen und Korruption sowie Inkompetenz in der Partei besser bekämpfbar werden. (XNA, 30.9., 1.10.03; DGB, 29.9.03, nach FBIS, 29.9.03; FT, 2., 6., 14.10.03; IHT, 2.10.03; WSJ, 2.10.03) -cb-

5 Dritte Plenarsitzung des XVI. ZK der KPCh: mehr politische Reformen und wirtschaftliches Wachstum möglich?

Vom 11. bis 14. Oktober fand in Beijing die dritte Plenarsitzung des XVI. Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) statt, die hohe Erwartungen an die neue Führungsmannschaft seitens des In- und Auslands stellte. Drei Hauptpunkte standen auf der Tagesordnung: erstens der Arbeitsbericht des Politbüros des ZK, zweitens Beratungen und Untersuchungen zur Verbesserung der sozialistischen marktwirtschaftlichen Strukturen sowie drittens Vorschläge zur Änderung von Teilen der Verfassung – die letzten beiden Punkte dabei für Beobachter von größerer Bedeutung. Diente jeweils die erste und zweite Plenarsitzung des XVI. ZK (siehe ausführlich dazu C.a., 2002/11, Ü 10, 2002/12, Ü 10 und 2003/2, Ü 7) zur Abwicklung und Regelung von Arbeitsweisen und Personalbelangen sowie von Verwaltungsreformen, sollte die dritte Plenarsitzung einen persönlichen Abdruck der Politikgestaltung der neuen Führungsriege hinterlassen. Diese hatte sich in der SARS-Krise – nach anfänglich eklatantem informationspolitischen Missmanagement – bei der Bekämpfung und mit dem Umgang der Folgen der Epidemie im Frühjahr und Sommer dieses Jahres bestens bewährt und viel Anerkennung bei der Bevölkerung erworben. Erwartet wird, dass sie sich auch für mehr Transparenz einsetzt und bei der Korruptionsbekämpfung gradlinig durchsetzt. Um im Vorwege der Sitzung für das Volk präsent zu